

2. Bundesfrauenrat 2022, 17. - 18. September, Berlin

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.09.2022
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Vorbereitung BDK

Antragstext

- 1 Der Angriff Russlands auf die Ukraine bedeutet unermessliches Leid für die Menschen in der
- 2 Ukraine, eine Bedrohung für die europäische Sicherheitsordnung und Risiken für die weltweite
- 3 Ernährungssicherheit. Er bringt aber auch große Herausforderungen für unsere
- 4 Energieversorgung mit sich.
- 5 Mit der von zahlreichen Vorgängerregierungen forcierten Abhängigkeit Deutschlands von
- 6 russischen fossilen Energieträgern, vor allem von russischem Gas, wurde Vladimir Putin ein
- 7 Instrument an die Hand gegeben, um direkten Einfluss auf unsere Versorgungssicherheit,
- 8 unseren Wohlstand und unsere Wirtschaft zu nehmen. Längst hat die russische Regierung
- 9 mithilfe willkürlicher Drosselungen oder Abschaltungen der Gaslieferungen einen
- 10 Wirtschaftskrieg mit Europa begonnen. Wir unternehmen daher in der Ampel-Koalition jede
- 11 Anstrengung, Deutschland aus der energiepolitischen Abhängigkeit Russlands zu befreien und
- 12 die Energieversorgung in unserem Land zu sichern.
- 13 Dabei setzen wir Grüne mit aller Kraft auf den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien,
- 14 Energieeffizienz und Einsparung. Sie sind der beste Beitrag, um die dreifache
- 15 Herausforderung aus Klimaschutz, Energiesicherheit und Bezahlbarkeit zu bewältigen.
- 16 Gleichzeitig muss Deutschland gezwungenermaßen für die Übergangszeit verstärkt auf fossile
- 17 Energien zurückgreifen – Kohlekraftwerke etwa, die in den Markt zurückkehren, oder LNG-Gas,
- 18 für dessen Anlandung schwimmende und auf Wasserstoff umrüstbare feste Terminals gebaut
- 19 werden.
- 20 Diese Politik tragen wir Grüne in der Koalition mit SPD und FDP, weil wir uns unserer
- 21 Verantwortung für das Land bewusst sind und uns die Aggression Putins dazu zwingt, eine
- 22 konsequente Klimapolitik mit der Notwendigkeit der Versorgungssicherheit in Einklang zu
- 23 bringen. Die Ampelkoalition arbeitet zugleich mit Hochdruck daran, die Bürger*innen und die
- 24 Wirtschaft vor den Verwerfungen der Energiekrise zu schützen. Mit mittlerweile drei
- 25 Entlastungspaketen, die wir als Grüne maßgeblich mitgestaltet haben, unterstützen wir
- 26 Menschen und Unternehmen in Zeiten dramatischer Preisanstiege.
- 27 **Vorrang für erneuerbare Energien**
- 28 Gleichzeitig haben sich im vergangenen Sommer energiepolitische Krisenlagen
- 29 aufeinandergeschichtet, die zusätzlich zu den ausbleibenden Gaslieferungen auch eine Gefahr
- 30 für die Stabilität des europäischen Stromnetzes in diesem Winter befürchten lassen. So
- 31 standen zeitweise über die Hälfte aller französischen Atomkraftwerke still, die
- 32 Stromproduktion aus Wasserkraft war aufgrund der klimakrisenbedingten Dürre in vielen
- 33 europäischen Ländern auf einem Tiefstand und das dürrebedingte Niedrigwasser auf dem Rhein
- 34 ermöglichte nur eingeschränkt den Transport von Kohle an die entsprechenden Kraftwerke. Die
- 35 Verflechtungen mit unseren europäischen Nachbarn beeinflussen sowohl die Menge des zur
- 36 Verfügung stehenden Stroms als auch die Flexibilität im gegenseitigen Austausch – und damit

37 die Stabilität des Netzes. Hinzu kommt, dass durch den insbesondere auch von der CSU
38 verzögerten Netzausbau Strom, vor allem aus erneuerbaren Energien, nicht ausreichend von
39 Nord nach Süd transportiert werden kann. Dadurch drohen Engpässe insbesondere in
40 Süddeutschland. Bitter rächt sich nun, dass die bayerische Staatsregierung den Ausbau der
41 Windkraft und der Übertragungsleitungen massiv bekämpft hat. Damit hat die CSU nicht nur für
42 das Land Bayern eine schwierige Situation geschaffen, sondern für die Bundesrepublik
43 insgesamt.

44 Unsere Verantwortung für die Menschen in unserem Land und die Versorgungssicherheit
45 gebietet
46 es, die Situation in diesem Winter sachlich und problemorientiert zu bewerten. Um die
47 Diskussion zu versachlichen, hat das Bundeswirtschaftsministerium einen zweiten Stresstest
48 zur Netzstabilität in Auftrag gegeben, in dem verschiedene Krisenszenarien für den Winter
49 2022/23 berechnet wurden. Der Stresstest hat ergeben, dass eine krisenhafte Situation im
50 Stromsystem für diesen Winter zwar sehr unwahrscheinlich ist, aber nicht vollständig
51 ausgeschlossen werden kann. Damit besteht mit geringer Wahrscheinlichkeit die Gefahr von
52 Lastunterdeckungen oder gar Stromausfällen aufgrund von Netz-Stresssituationen.

53 Um dieser Gefahr vorzubeugen, steht ein Bündel von Maßnahmen zur Verfügung. Dazu gehört
54 die
55 zusätzliche Stromproduktion durch Windenergie, Photovoltaik und Biogasanlagen, die Erhöhung
56 von Transportkapazitäten über die vorhandenen Stromnetze, die Nutzung von alternativen
57 Kraftwerksreserven und die Aktivierung von Leistungsreserven bei Kohlekraftwerken sowie die
58 Erweiterung des Lastmanagements in enger Absprache mit der Industrie. Außerdem werden
59 besonders die Träger öffentlicher Gebäude zum Energiesparen angehalten und alle
60 Stromverbraucher*innen, vom Anlagenbetreiber über Ladenbesitzer*innen bis hin zu
61 Privatleuten, bei ihren Bemühungen unterstützt. Maßnahmen zur Energieeffizienz und
62 Energieeinsparung werden verstärkt. All das ist entscheidend, um die Versorgungssicherheit
63 in diesem Winter zu gewährleisten.

64 Das Ergebnis des Stresstestes ist eindeutig: Die Atomkraft ist nicht die Lösung für das
65 drohende Energieproblem in diesem Winter, sondern es braucht ein ganzes Maßnahmenbündel,
66 um
67 die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Bezogen auf die Atomkraft hat der Stresstest die
68 lauten Stimmen widerlegt, die im Weiterbetrieb der drei noch am Netz befindlichen
69 Atomkraftwerke die Lösung aller Probleme sehen. Denn insgesamt spielt die Atomenergie selbst

70 im Worst-Case Szenario im Vergleich zu den anderen dringenden Maßnahmen nur eine
71 untergeordnete Rolle, wenn es darum geht, in kritischen Situationen die Netzsicherheit zu
72 gewährleisten. So erweist sich der Beitrag der AKW für die Versorgungssicherheit insgesamt
73 als begrenzt, ihr Beitrag zum Einsparen von Gas und zur Dämpfung der Strompreise als
74 marginal.

75 **Eine befristete Einsatzreserve für den Notfall**

76 Für den äußersten Notfall, so unwahrscheinlich er auch sein mag, wollen wir dennoch
77 vorsorgen und auf alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für die Netzstabilisierung
78 zurückgreifen können. Deswegen stimmen wir zu, eine konditionierte, zeitlich begrenzte und
79 von der Atomaufsicht strikt überwachte AKW-Einsatzreserve zu schaffen. Damit endet die
80 Laufzeit der verbliebenen drei Atomkraftwerke regulär zum 31. Dezember dieses Jahres. Die

78 beiden AKW im Süden des Landes, Isar 2 und Neckarwestheim 2, werden jedoch bis Frühjahr
2023

79 weiter in Betriebsbereitschaft gehalten und stehen so – ohne neue Brennelemente – zur
80 Verfügung, um, falls nötig, einen Beitrag zur Stabilisierung des Stromnetzes in
81 Süddeutschland zu leisten.

82 Entscheidend ist für uns, dass keine neuen Brennelemente beschafft werden. Sie sind für eine
83 Einsatzreserve nicht erforderlich; neuer, gefährlicher Atommüll wird nicht produziert. Nur
84 für einen begrenzten Zeitraum und nur für die zwei süddeutschen AKW ist ein eng
85 konditionierter Einsatz zur Abwehr einer konkreten Gefahr für die Versorgungssicherheit
86 vorzusehen und damit noch vertretbar. Das AKW Emsland wird zum 1. Januar 2023 endgültig
87 abgeschaltet und zurückgebaut. Für den norddeutschen Raum stehen andere Instrumente zur
88 Verfügung, um die Netzstabilität zu sichern.

89 Die Risiken im Stromsystem für den kommenden Winter unterscheiden sich wesentlich vom
Winter

90 2023/24, weil durch die längere Vorlaufzeit bereits beschlossene Maßnahmen dann stärker
91 wirken und noch weitere umgesetzt werden können. So erhöhen wir bis dahin die Gas-
92 Importkapazität über schwimmende LNG-Terminals so stark, dass keine Gasmangellage an den
93 Gaskraftwerken mehr zu befürchten ist. Wir steigern die Verfügbarkeit von Strom aus Biogas-
94 Anlagen und aus anderen Erneuerbaren. Ebenso verbessern wir die Leistungsfähigkeit der
95 Stromnetze, die Kraftwerkskapazitäten und flexible Lasten. Wir setzen auf Energieeffizienz
96 und Unterstützung beim Energiesparen. Damit werden bis Herbst 2023 die
Unsicherheitsfaktoren

97 deutlich reduziert und die Versorgung bleibt auch in Extremszenarien gesichert. Eine
98 Verlängerung der Einsatzreserve über Frühjahr 2023 hinaus oder eine Wiederbelebung im
Winter

99 2023/24 ist deshalb ausgeschlossen.

100 Der Einsatz der Reserve ist nicht voraussetzungslos. Sie kann im Winter 2022/23 und nur dann
101 eingesetzt werden, wenn klar zu befürchten ist, dass die Voraussetzungen eines
102 Krisenszenarios vorliegen und auch unter Ausnutzung anderer Maßnahmen eine kritische
103 Situation weiterhin droht. Die gesetzlichen Regelungen müssen sicherstellen, dass die
104 Sicherheit der Anlagen gewährleistet ist, Sicherheitsaspekte oberste Priorität haben und die
105 Betreiber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

106 **Der Atomausstieg bleibt**

107 Die Einsatzreserve ist eine verantwortungsvolle, angemessene, zeitlich begrenzte und
108 zielgenaue Lösung, um auf ein Extremszenario vorbereitet zu sein und einer möglichen
109 Netzininstabilität im kommenden Winter vorzubeugen. Sie trägt aber auch dem Risiko Rechnung,
110 das der Einsatz von Atomkraft bedeutet.

111 Für uns ist klar: Der Atomausstieg bleibt. Atomkraft ist und bleibt eine
112 Hochrisikotechnologie. Weiterhin ist für die Entsorgung des hochradioaktiven Abfalls keine
113 Lösung in Sicht. Auch haben sich die Behauptungen von der Atomkraft als verlässlicher und
114 günstiger Energiequelle immer wieder als Märchen entpuppt – davon zeugt einmal mehr der
115 dramatische Ausfall der französischen AKW. Deutschland hat sich aus guten Gründen
116 entschlossen, aus der Atomkraft auszusteigen. Atomkraft ist die Vergangenheit, nicht die
117 Zukunft unserer Energieversorgung. Die Zukunft ist erneuerbar.